



14.3904 Motion

Stärkung des Milizprinzips auf Gemeindeebene

Eingereicht von:

Bulliard-Marbach Christine
Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz



Einreichungsdatum: 25.09.2014

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Der Bundesrat sorgt dafür, dass ein besonderes Bildungsangebot für die Bedürfnisse der Behördenmitglieder im Milizprinzip auf Gemeindeebene entwickelt und öffentlich zugänglich und bekanntgemacht wird. Es soll weitgehend auf internetbasiertem Selbststudium basieren.

Begründung

Fast jede zweite Gemeinde hat Schwierigkeiten, genügend gute Leute für die Übernahme von politischen Ämtern in Gemeinderäten und Kommissionen zu finden. Steigende Erwartungen, zunehmende Komplexität der Amtsgeschäfte und damit zunehmende zeitliche Belastung halten viele Leute davon ab, sich für ein solches Amt zu engagieren. Die Gemeinden sind eine tragende Säule des föderalen Systems der Schweiz. Bei den aktuell 2352 Gemeinden der Schweiz sind insgesamt etwa 16 200 Exekutivämter zu besetzen.

Die Absicht dieser Motion ist es, das Milizprinzip auf Gemeindeebene zu stärken, indem Personen sich das nötige Wissen aneignen können, um Führungsarbeit im öffentlichen Sektor leisten zu können. Das geforderte Bildungsangebot erklärt die Aufgaben eines Behördenmitgliedes und die Funktionsweise der wichtigsten Behörden und stellt geeignete Arbeitsinstrumente online zur Verfügung. Es erleichtert den Erfahrungsaustausch unter Personen mit gleichartigen Funktionen und den Wissenstransfer zwischen erfahrenen und angehenden Behördenmitgliedern.

Es geht nicht primär um das inhaltliche Fachwissen zu den einzelnen Aufgaben, sondern um Führungsprozesse im öffentlichen Sektor. Ziel ist es, die Einarbeitung zu erleichtern und Führungsprozesse schlank zu halten und damit die Mitarbeit in Behörden attraktiver zu machen.

Es bedarf einer einheitlichen Regelung gemäss Artikel 43 BV. Gemäss Artikel 64a BV soll der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden die Politik auf Gemeindeebene stärken.

Stellungnahme des Bundesrates vom 28.11.2014

Das Milizprinzip ist eine tragende Säule unseres Staates, auf Ebene der Gemeinden und Kantone ebenso wie auf der Ebene des Bundes. Dem Bundesrat sind die Probleme vieler Gemeinden, die politischen Ämter mit geeigneten Personen zu besetzen, bewusst. Die Gemeinden haben das Problem erkannt. Der Gemeindeverband ist daran, die von der Motion geforderten Massnahmen zu realisieren. Er plant entsprechende Weiterbildungsangebote sowie eine Plattform, auf der Mitglieder von Gemeindebehörden ihre Erfahrungen austauschen können und ein Wissenstransfer zwischen erfahrenen und angehenden Behördenmitgliedern stattfinden kann. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass es in erster Linie die Aufgabe der Kantone und Gemeinden ist, dafür zu sorgen, dass ein besonderes Bildungsangebot für die Bedürfnisse der Behördenmitglieder auf Gemeindeebene entwickelt wird.

Antrag des Bundesrates vom 28.11.2014

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.



Chronologie

14.09.2016 Nationalrat
Ablehnung

Zuständigkeiten

Zuständige Behörde

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (21)

Amherd Viola, Bourgeois Jacques, Buttet Yannick, Feller Olivier, Gasche Urs, Glanzmann-Hunkeler Ida,
Gmür Alois, Grin Jean-Pierre, Grunder Hans, Gschwind Jean-Paul, Haller Vannini Ursula, Hess Lorenz,
Lehmann Markus, Lohr Christian, Müller-Altermatt Stefan, Piller Carrard Valérie, Ritter Markus, Schneider
Schüttel Ursula, Schwaab Jean Christophe, Steiert Jean-François, Vogler Karl

Links

Weiterführende Unterlagen

[Amtliches Bulletin](#) | [Abstimmungen NR](#)

